

„Lippenbekenntnisse bringen den Studenten kein Dach über den Kopf“

Grünen-Wohnungspolitiker Chris Kühn fordert „Aktionsplan“ zum Wohnungsbau – Wer Eliteuniversitäten fördern könne, müsse auch Wohnheimplätze bereitstellen

Von Sören S. Sgries

Heidelberg/Berlin. Von 2009 bis 2013 war Chris Kühn (35, Foto: dpa) Landesvorsitzender der Südwest-Grünen. Inzwischen sitzt der Tübinger im Bundestag und ist Sprecher für Bau- und Wohnungspolitik.



> **Zwischen Stuttgart und Berlin kam es zuletzt zum Konflikt über den Asylkompromiss. Braucht es da noch eine Aussprache in der Partei?**

Auf dem Landesparteitag in Tuttingen und auf dem Bundesparteitag wird darüber gesprochen werden. Der eine oder andere wird sicher sein Wohlwollen oder seinen Unmut zum Ausdruck bringen. Aber ich erwarte, dass die Debatten stark nach vorne gerichtet sind. Baden-Württemberg hat mit dem Flüchtlingsgipfel vorbildhaft gehandelt, so etwas brauchen wir auch auf Bundesebene.

> **Sie haben die Südwest-Grünen als Parteichef auch noch zu Oppositionszeiten geführt: Wäre damals so ein Kompromiss denkbar gewesen?**

Ich glaube, dass die Partei in der Regierungszeit einen Wandel vollzogen hat und man stärker in der Regierungsverantwortung denkt. Es herrscht ein großer Respekt

vor Winfried Kretschmann, der auch un-bequeme Entscheidungen trifft. Wir sind aber trotzdem die Grünen geblieben, eine Partei, in der streitbar diskutiert wird.

> **Wohnungsnot im Land: Zum Semesterbeginn finden Studenten keine Zimmer. Sie schlagen Alarm?**

Ja. Es ist alarmierend, wenn bundesweit die Versorgungsquote für den studentischen Wohnraum unter zehn Prozent sinkt. Wir brauchen deutlich mehr Wohnheime in Deutschland. Die Bundesregierung muss die Alarmglocken, die jetzt zum Semesterbeginn wieder laut schrillen, wahrnehmen und gemeinsam mit den Ländern aktiv werden. Ergänzend zu Hochschulpakt fordern wir einen bundesweiten Aktionsplan zum studentischen Wohnen.

> **Was soll der beinhalten?**

Der Bund stellt den Ländern bereits Mittel für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung. Er muss jedoch Druck ausüben, damit diese Gelder auch in den studentischen Wohnungsbau fließen. Auch Hendricks „Bündnis für bezahlbaren Wohnraum“ muss sich darüber Gedanken machen, wie man gerade in den Universitätsstädten Wohnraum schaffen kann. Denn da ist der Bedarf besonders hoch. Hier sind die Mietsteigerungen am heftigsten. Deswegen muss der Bund deutlich aktiver werden als bisher, auch mit eigenen Mitteln.



Die Wohnheim-Wartelisten sind lang, der private Markt ist teuer: Studenten finden oft nur schwer eine Wohnung. Foto: dpa

Bloße Lippenbekenntnisse der Bundesregierung bringen uns nicht weiter und Studenten kein Dach über den Kopf.

> **Sozialer Wohnungsbau ist aber eigentlich Landesaufgabe.**

Früher gab es solche Programme auch auf Bundesebene. Da sollte der Bund anknüpfen. Die Notsituation ist dramatisch. Wenn man Eliteuniversitäten mit Bundesmitteln fördern kann, dann muss man auch die Wohnheimplätze dazu bereitstellen. Außerdem muss eine wirksame Mietpreisbremse her, die nicht löchrig ist wie ein Schweizer Käse. Und es gibt Liegenschaften in Bundeshand, die günstiger abgegeben werden sollten.

> **Nehmen Sie da nicht die Länder aus der Verantwortung?**

Im Gegenteil, ich sehe die Länder in allererster Linie in der Pflicht. Doch wenn die Versorgungsquote bundesweit sinkt, müssen wir über Alternativen auch unter Einbeziehung des Bundes nachdenken. Dass jedes Land alleine vor sich hin wurschtelt, funktioniert nicht.

> **Unistädte ziehen nicht allein Studenten an, sondern sind allgemein höchst attraktiv. Reicht eine Mietpreisbremse, um das Wohnungsproblem in den Griff zu bekommen?**

Wir brauchen eine Mietpreisbremse, weil die Märkte gerade in den großen Bal-

lungsräumen extrem überhitzt sind. Andere Instrumente greifen nicht so stark. So ein Eingriff ist gerechtfertigt, um ein bisschen Luft zu schaffen für Vor-Ort-Konzepte, die den Wohnungsmarkt entlasten. Da sind dann aber auch die kommunalen Akteure in der Pflicht.

> **Im Land wird gerade eine Novelle der Bauverordnung diskutiert, die zum Beispiel überdachte Fahrradstellplätze vorsieht. Wird da nicht zu viel vorgegeben für Bauherren?**

Wenn man über den Tellerrand schaut, etwa zu den Nachbarn in Dänemark, sieht man, wie Städtebau anders funktionieren kann als in vielen deutschen Städten. In Kopenhagen hat das Thema Radfahren einen ganz anderen Stellenwert, da ist es völlig normal, dass es überall überdachte Stellplätze gibt. Auch wir müssen umdenken, gerade in den Ballungsräumen. Über einen vorgeschriebenen Autostellplatz, der auch Geld gekostet hat, hat sich früher niemand beschwert.

> **Kann man es nicht dem Mieter überlassen, ob er in die Garage sein Auto oder sein Fahrrad stellt?**

Der Vermieter muss auch Angebote machen. In vielen Ballungsgebieten nutzen immer mehr Menschen das Fahrrad. Gerade beim Neubau halte ich es daher für gerechtfertigt, dass man sich über ihre Unterbringung Gedanken macht.